

P O L I T I K Nr. 109

Hannover, 22. Dezember 1947

Folgerichtigste SPD-Politik

Von Erich Ollenhauer

Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der diesjährige Jahreswechsel ist nicht nur eine äußerliche Zeit-  
zäsur, er stellt nach dem Fehlschlag von London auch den wohl folgen-  
schwersten politischen Einschnitt seit dem deutschen Zusammenbruch dar.  
Die alliierte Unfähigkeit, sich in der Deutschlandfrage zu einigen,  
scheint endgültig erwiesen. Damit ist auch das System der Zusammenar-  
beit der Besatzungsmächte in Deutschland zunächst gescheitert. Diese  
Tatsache und ihre Folgen fallen unter die Verantwortung der Alliierten.  
Die Duster wird auch in diesem Falle in erster Linie das deutsche Volk  
zu tragen haben. Das ist die bittere Erkenntnis aus den trüben Erfah-  
rungen der vergangenen zweieinhalb Jahre.

An dieser Stelle soll die Antwort auf die Frage versucht werden,  
wie seitdem die SPD bestanden hat. Organisatorisch hat sie bedeutsame  
Fortschritte gemacht, die vor allem in der Entwicklung der Mitgliederzahl  
sichtbar werden. Die Partei zählte in den drei Westzonen und in Berlin  
am 31. Dezember 1946 711 448 Mitglieder. Bis zum 30. Juni 1947 erhöhte  
sich die Zahl auf 834 000. Auch im dritten Quartal 1947 hat die Zunahme  
angehalten. In dem gleichen Gebiet zählte die Partei Ende 1931 602 034  
Mitglieder. Ihre organisatorische Stärke ist also wesentlich größer als  
vor 1933. Die öffentliche politische Tätigkeit blieb auf die drei West-  
zonen und Berlin beschränkt. In der Ostzone ist die SPD nach wie vor  
verboten, seitdem im April 1946 die Zwangsvereinigung der SPD der Ostzone  
mit den Kommunisten durchgeführt wurde.

Politisch war der Weg durch die doppelte Aufgabe gekennzeichnet,  
einmal die geistigen Grundlagen zu überprüfen, das heißt, sie mit den  
geschichtlichen Erfahrungen seit dem Ende der alten Sozialdemokratie vor  
dem Machtantritt des Nationalsozialismus und mit den Erfordernissen der  
Gegenwart abzustimmen, zum anderen die Linie für die praktische Arbeit im  
Zustand der vollkommenen deutschen Ohnmacht zu finden. Was den ersten  
Teil betrifft, so ist die <sup>SPD</sup> die Partei des deutschen Arbeiters geblieben,  
aber sie hat das Tor für alle diejenigen im deutschen Volke weit geöff-  
net, die willens sind, zusammen mit den Werktätigen für eine sozialistische  
bestimmte Demokratie einzutreten. Ihr Wirkungsbereich hat sich damit er-  
heblich erweitert, ihre Verantwortung erhöht. Sie wendet sich entschieden  
gegen den Mißbrauch des Begriffes "Sozialismus" durch die Verfechter einer  
anti-individualistischen und totalitären Staatsallmacht und sie weiß  
sich dabei mit den sozialistischen Parteien der anderen west- und nord-  
europäischen Völker einig. Die Aufnahme der deutschen Sozialdemokratie  
in die Internationale Arbeitsgemeinschaft ist ein klarer Beweis dieser  
Verbundenheit. Hier sei auch der Hinweis erlaubt, daß keine Partei in  
den vergangenen zweieinhalb Jahren so viel außenpolitische Aktivität

entwickelt hat wie die SPD - freilich nicht im Sinne einer angemessenen deutschen Repräsentation, sondern durch die Mobilisierung aller der ausländischen Kräfte zugunsten allgemeiner deutscher Interessen, mit denen die SPD gute Beziehungen unterhält.

Die kurz skizzierten grundsätzlichen Auffassungen weisen direkt auf die Linie hin, auf der die SPD praktische Politik treibt. Hier steht sie innerpolitisch mit ihrer Arbeit auf allen Gebieten in einem Kampf gegen zwei Fronten. Einmal ist der Gegner die kommunistische Partei. Sie ist das Exekutivorgan der russischen Außenpolitik für Deutschland. Das gilt nicht nur für die SPD in der russischen Besatzungszone, sondern auch für die SPD im Westen. Überall steht die SPD in einem scharfen sachlichen Gegensatz zu den Kommunisten.

Der mächtigste politische Gegner der SPD ist die Christlich-Demokratische Union. Der Kurs dieser Partei wird von den Vertretern des Besitzbürgertums bestimmt, das seine wirtschaftlichen und politischen Machtpositionen retten und möglichst geringe Lastenteile aus der Erbschaft des verlorenen Krieges auf sich nehmen möchte. In der Wirtschaft hat die CDU gegen die Sozialisierungsforderung der SPD gestimmt, sie ist gegen eine ernsthafte Bodenreform und sie erstrebt eine Kultur- und Schulpolitik, die den Kirchen auch für die Zukunft einen überragenden Einfluß auf Erziehung und Schule sichert. SPD und CDU sind annähernd gleich stark.

Aus alledem ergeben sich folgerichtig die Ziele der SPD. Sie sieht die beste Sicherung der Welt vor einem neuen deutschen Angriff in einer fest fundierten Demokratie, die nur geschaffen werden kann, wenn sie auf einer sozialistischen Gemeinwirtschaft aufgebaut wird. Die Sozialdemokratie kämpft daher für eine Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeinbesitz und für eine Bodenreform, die ein produktives, leistungsfähiges Bauerntum schafft und die landwirtschaftliche Produktion erhöht. Sie erstrebt außerdem einen gerechten Lastenausgleich. Der Krieg und seine Folgen haben das deutsche Volk, sozial gesehen, in zwei Lager gespalten. Die eine Gruppe ist durch eine Reihe von Glücksumständen in vollem Besitz ihrer materiellen Güter geblieben. Die andere, die die erdrückende Mehrheit des Volkes umfaßt, hat durch Ausbombung, Austreibung und andere Kriegsfolgen alles verloren. Es ist ein einfaches Gebot der Gerechtigkeit, daß die Lasten des verlorenen Krieges von allen getragen werden, und zwar nach Maßgabe ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Die andere große Aufgabe ist die Demokratisierung der Verwaltung und der Aufbau eines demokratischen Deutschlands. Die Reinigung der deutschen Verwaltung von den Einflüssen des Nationalsozialismus, die sogenannte Entnazifizierung, lag in der ersten Zeit nach der Kapitulation in den Händen der Besatzungsmächte, später wurde sie weitgehend deutschen Stellen übertragen. Das bisher erzielte Resultat befriedigt niemanden.

Für den Aufbau der neuen demokratischen Verwaltung in einer neuen deutschen Republik hat der Parteitag in Nürnberg 1947 Richtlinien beschlossen, die die Errichtung einer einheitlichen deutschen Republik auf demokratischer Grundlage zum Ziele haben. Die neue deutsche Republik soll alle die Aufgaben zentral regeln, die in einem modernen Staatwesen und angesichts der notwendigen Planung der Produktion und der Verteilung von Konsumgütern und Nahrungsmitteln zentral geregelt werden müssen. Im Rahmen dieser zentralen Funktionen sollen die Länder eine weitgehende Selbstverwaltung erhalten.

Neben die grossen Leitgedanken sozialdemokratischer Politik treten aktuelle Faktoren. Ein politisches und staatsrechtliches Provisorium in einem Teil Deutschlands würde, wenn es unter dem Zwang der Verhältnisse sich als unumgänglich erweisen sollte, von der SPD ebenso widerwillig hingenommen werden, wie sie sich heute mit der Tatsache abfinden muss, in der Ostzone nicht unter der Bedingung voller politischer Gleichberechtigung wirken zu können. Die Entwicklung der ODU in der Ostzone hat - in diesem Zusammenhang sei das nur kurz erwähnt - die Richtigkeit der SPD-Politik bestätigt, die die Dinge von vornherein so sein wie sie waren, und nicht so, wie sie sie wünschte. Die Konsequenz und Geschlossenheit der sozialdemokratischen Haltung ist ihr stärkstes Aktivum.

Die Wähler, die Mitglieder und die Funktionäre der SPD sind der Ansicht, dass ihre Partei nicht nur die zuverlässigste Kraft einer fortschrittlichen deutschen Demokratie ist, sondern auch die einzige Vertreterin eines freiheitlichen Sozialismus, ohne den nach sozialdemokratischer Auffassung auch die liberalste Demokratie Stückwerk bleiben muss.

(Der Beitrag wurde am 16.12. in New York abgesandt.  
Die Redaktion)

#### Die nächste Etappe

Von S. Aufhäuser, New York

Die Londoner Konferenz der vier Grossmächte ist ergebnislos auseinander gegangen, ohne dass die Vereinigten Staaten und England beabsichtigten, das entstandene Vakuum durch einen Separatfrieden mit Deutschland auszufüllen oder die von unfreundlicher Propaganda angekündigte "Westdeutsche Republik" zu gründen. Die wirtschaftliche Wiedervereinigung Deutschlands im Sinne der Potsdamer Erklärung ist in London nicht gescheitert, so dass die Zusammenarbeit der vier Besatzungsmächte nicht leichter geworden ist, doch soll der Alliierte Kontrollrat in Berlin in Wirksamkeit bleiben, wie auch die übrigen Kontakte zur Kooperation und der Handel zwischen West- und Ostzonen weiter bestehen. Die Frage einer Deutschland-Friedenskonferenz und ihre Zusammensetzung im Jahre 1948 ist offen gehalten und alle Propaganda von einer angeblich durch die Westmächte gewollten Teilung Deutschlands prallt an der Wahrheit ab.

Das positive Ergebnis von London ist, dass Deutschland aufhört, nach länger nur ein Element von Krieg und Frieden im Spiel der Mächte zu sein und seine aktive Rolle als die elementare Kraft im Erholungsprozess Europas eindeutig anerkannt werden musste. Aus dem leidigen politischen Streit um ist nun ein wirtschaftlicher Wettbewerb in Deutschland geworden. Ein lähmender, statischer Zustand soll dem dynamischen Wirtschaftsleben weichen. Deutsche Industrielle und Arbeiter sind von der passiven Rolle als Zuschauer des Weltgeschehens befreit und werden wieder zur höchsten Verantwort-

am 22. Dezember 47

berufen, um den konstruktivsten Teil des Marshall-Planes beim Wiederaufbau des europäischen Kontinents selbst zu übernehmen und zu tragen. Der Versuch Amerikas und Englands, sich mit Frankreich zur Reaktivierung Westdeutschlands zu vereinigen, ist weniger ein Widerstandszentrum gegen Sowjetrußland, als vielmehr ein Magnet höchster Produktionskraft, der durch wirtschaftliche Prosperität seine Anziehungskraft auf den Osten ausüben wird, die Schranken der Zonen-Isolation abzubauen und alle Kräfte Europas in Arbeit und Wirtschaft zum Aufbau wieder zu vereinigen. Die politischen Massnahmen der drei Westmächte nach der Londoner Konferenz in den bescheidenen Grenzen einer Vereinheitlichung der Zonenverwaltung, um das Tor zur kommenden Einheit Deutschlands und zum Gesamtfrieden mit allen Mächten offen zu halten. bewegen sich

So passiv indes die politischen Verwaltungsmassnahmen in den drei Westzonen gehalten sind, so aktiv und positiv ist der ökonomische Plan zur produktiven Entwicklung der westdeutschen Industrie. Die militärische Wirtschaftslenkung soll durch eine selbständige, deutsche Selbstverwaltung in Industrie, Landwirtschaft und Handel ersetzt werden. Ein erster Schritt zur künftigen Unabhängigkeit Deutschlands ist getan. Es ist real gedacht, wenn nach der neuen amerikanischen Aussenpolitik die deutsche Autonomie aus der wirtschaftlichen Kraftentfaltung wachsen soll. Die Fesselung der deutschen Initiative musste dort enden, wo der Friedenaufbau des deutschen Landes einen Anfang nimmt. Die Potsdamer Erklärung hat für Westdeutschland insofern einen Einbau der ursprünglichen, deutschen Aktivität erfahren, als das deutsche Volk und seine produktiven Kräfte im europäischen Getriebe nicht länger ignoriert werden. Das Kapitel im Harriman-Bericht über den Marshall-Plan an den Kongress mit dem Titel "Sonderstellung von Westdeutschland" ist vom Präsidenten Truman am 8. Dezember vollinhaltlich aufgenommen worden, als er vom Parlament ausreichende Fonds zur wirtschaftlichen Wiederbelebung Deutschlands angefordert hat. Ein Abkommen zwischen den USA und England, durch das eine Entlastung der britischen Besatzungskosten gebracht wird, wird den Gesamtetat der US-Militärregierung in Deutschland für 1947/48 auf 10 als eine Milliarde Dollar erhöhen.

Dieser gewaltige Aufwand der USA und die zur Durchführung des Marshall-Planes noch zu bewilligenden Goldmittel werden aber keineswegs als eine charitative Hilfsaktion für das notleidende Deutschland angesehen, sondern als eine wirtschaftliche Investierung, um mit erhöhter Kohleförderung, Stahlerzeugung und allgemeiner industrieller und landwirtschaftlicher Vollproduktion in Deutschland die Initialzündung zur Ankurbelung der gesamteuropäischen Wirtschaft zu geben. (b/12/2212/1/hc)

### Berlin

R.B. Hannover - Berlin werde nur deshalb von vier Mächten verwaltet, hiess es sinngemäss, nach dem negativen Ergebnis der Londoner Konferenz in mehreren Stellungnahmen russisch lizenzierter Berliner Zeitungen, wozu sich auch vier Nationen in die Besetzung Deutschlands teilen. Sollte dies zu einer Fiktion werden - in Frankfurt treffe man ganz offen Vorbereitungen für eine westdeutsche Regierung - würde auch Berlin nicht mehr von vier Grossmächten zu verwalten sein.

Dr. Schumacher hat kürzlich in einem Interview die Meinung aller Deutschen sehr deutlich wiedergegeben. Die westlichen Demokratie, so sagte

er, müßten Berlin halten, weil sie andernfalls den Eindruck hervorriefen, keine zuverlässige und zielsichere Politik zu haben und politisch nicht vertrauenswürdig zu sein. Die westlichen Alliierten würden nicht nur das Vertrauen der westdeutschen Bevölkerung verlieren, sondern auch Mißtrauen unter den westeuropäischen Ländern hervorrufen, weil diese den Eindruck gewinnen könnten, die echten Demokratien seien nicht mehr fähig, die Demokratien Europas zu schützen.

Wir wollen daran erinnern, daß Berlin die Stadt war, die es den Nazis am schwersten gemacht hat, ernst genommen zu werden. Berlin hat nach dem zweiten Weltkrieg trotz Versprechungen und Drohungen die Demokratie westlicher Prägung gewählt - die Freiheit. Berlin wurde international und blieb deutsch.

Berlin ist die einzige Stadt der Welt, in der die vier Weltmächte täglich von neuem ins Gespräch kommen können, wo immer wieder die Möglichkeit gegeben ist, einen Ausgleich zwischen Ost und West zu finden. Berlin aufzugeben, hieße auch aus diesem Grunde einen großen politischen Fehler begehen. Daß die Sowjets im Augenblick auf die Aufrechterhaltung dieses Kontaktes keinen besonderen Wert legen, bedingt nicht die Notwendigkeit, ihn aufzugeben.

Die westlichen Alliierten haben in Berlin ein hohes Kapital an Demokratie investiert, die Berliner aber haben mit ihrer Haltung bewiesen, daß sie der Menschenschlag sind, der imstande ist, dieses Kapital auch nutzvoll zu verwalten. Es ist daher notwendig, daß die westlichen Alliierten sich nicht mit einer Art passiver Resistenz bei ihrem Verbleiben in Berlin begnügen, sondern mit allen Kräften an die Festigung und den Ausbau ihrer Berliner Stellung gehen, um jedem Gedanken, sie würden dieser ihrer Vorpostenaufgabe müde werden, rechtzeitig vorzubeugen. Der kürzlich verstorbene ehemalige englische Ministerpräsident Baldwin hat einmal zur Rettung der Demokratie die Grenze Englands an den Rhein verlegt. Die Amerikaner sind im Namen der gleichen Demokratie heute verpflichtet, die Bastion an der Spree zu halten.

—e, Berlin, im Dezember

Was wird aus Berlin? Das ist eine Frage, die hier in dieser Stadt seit dem Zusammenbruch der Londoner Außenministerkonferenz das "Thema Nummer eins" geworden ist, in den Zeitungen nicht nur, sondern mehr noch in den Gesprächen der Menschen.

Es ist unschwer abzuschätzen, daß der Prozentsatz der Berliner, der den Abzug der westlichen Alliierten aus der Stadt Berlin billigen würde, einen verschwindenden Bruchteil der Bevölkerung ausmacht. Und es ist hinzuzufügen, daß der Prozentsatz bei den 22 Millionen Menschen, die unter sowjetischer Besatzung rings um Berlin in der Ostzone leben, mindestens ebenso gering ist. Die Vorgänge, die zum Sturz Jakob Kaisers geführt haben, sind ein neues Zeichen für die politische Ohnmacht der Ostzone.

Nun ist es in Berlin soweit, daß wirklich nur noch die Kommunisten in Gestalt der SED die gleichen sind wie in der Ostzone. Die KDP in Berlin hat sich vor einigen Monaten von der von Kütz geführten ostwilligen

wildigen LDP abgesetzt und nun hat die SMA selbst die letzte selbständig scheinende Parteigruppe, die CDU unter Kaiser, durch die Kaltstellung Jakob Kaisers auf den Willen der SED in der Ostzone festgelegt. Die Entscheidung, in die heute die CDU und vor allem Kaiser hineingetrieben ist, hätte gewiß in einem früheren politischen Stadium die heutige Situation Berlins deutlicher und weltpolitisch eindrucksvoller voraussehen lassen. In dieser gegenwärtigen Situation jedoch profiliert die neue Entscheidung, die von russischer Seite erzwungen wurde, die Lage in Berlin noch schärfer.

Es muß erwartet werden, daß die Berliner in den nächsten Wochen einem speziell auf sie abgestimmten Nervenkrieg ausgesetzt werden. Kein Zweifel, daß Berlin in diesem Kampf sich nicht aufgibt. Die SED, die in dieser Auseinandersetzung sehr früh für Deutschland und vielleicht Europa ihre Stellung beziehen mußte, sieht sich inzwischen nicht nur gerechtfertigt. Sie weiß, daß ihr heute mehr als die Sympathien von Parteien gehört. Und sie weiß, daß ihre so abnorm schwierige Aufgabe inzwischen zur großen Aufgabe Europas geworden ist. (the/B3a/2212/hs)

#### Wortlaut des Kommuniqués des PV

Am 19. und 20. Dezember 1947 fand eine Sitzung des Vorstandes der SPD statt. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Aussprache über die durch die Vertagung der Londoner Außenministerkonferenz entstandene Lage. Nach dem Referat des Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher stellte die Aussprache völlige Übereinstimmung in allen entscheidenden Punkten fest. Allgemein war das tiefe Bedauern darüber, daß der Herrschaftsanspruch der Sowjetunion und ihr Versuch, die deutsche Wirtschaft zum Ausbeutungsobjekt zu machen, die Vertagung der Londoner Konferenz herbeigeführt hat. Die Sozialdemokratie hofft, daß damit nicht alle Möglichkeiten zu einem Ausgleich der Sieger untereinander zerstört sind. Die Alliierten haben bisher die Möglichkeit einer von der Sozialdemokratie gewollten Politik der demokratisch fundierten Mitwirkung der Deutschen nicht genutzt und tragen daraus die Verantwortung. Keine machtpolitische Gruppierung der Alliierten auf deutschem Boden wird die Sozialdemokratie daran hindern, für die deutsche Einheit zu kämpfen.

Die Entwürdigung des nationalen Gedankens durch den Einheitsrummel der Kommunisten und ihrer bürgerlichen Zwangsatelliten aus der Ostzone fand allgemeine Ablehnung. Es wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, daß die Teilnahme am sogenannten Volkskongreß und deren Unterstützung mit der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei unvereinbar ist. Mit der gleichen Entschiedenheit wandte sich der PV gegen den Versuch, die Bundesregierung und Einzelpersonen, die Länder in die Rolle souveräner und internationaler vortragsfähiger Staaten zu bringen. Hierin liegend wurde festgestellt, daß diese Gewinnlosigkeit von Deutschen gegenüber Deutschland nur dazu führen soll, sich dem gerechten Lastenausgleich zu entziehen. Darüber hinaus würde der Partikularismus dazu führen, Deutschland wirtschaftlich und politisch funktionsunfähig zu machen und die Belebung der Wirtschaft und den Erfolg des Marshallplanes zu gefährden.

Für ein von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bereits vor längerer Zeit gefordertes Besatzungstatut wurden dem Parteivorstand Richtlinien vorgelegt, die vom Verfassungskonstituierenden Ausschuss ausgearbeitet worden sind. Der PV akzeptierte einstimmig diese Richtlinien in der Über-

zeugung, daß die Schaffung eines Besatzungsstatuts angesichts der jetzigen Lage die einzig mögliche organisatorische Maßnahme darstellt. Entsprechende Schritte zur Realisierung der Notwendigkeit werden vom Vorstand der SPD in den nächsten Tagen eingeleitet werden.

Über die Frage eines künftigen Wahlsystems legte der PV Vorschläge des Sachausschusses vor, die nach kurzer Diskussion zur weiteren Beratung zurückverwiesen wurden. Mit einer Reihe von organisatorischen Beschlüssen über die Bildung eines kulturpolitischen Ausschusses, über die Stellungnahme zu verschiedenen Sonderorganisationen, über die Teilnahme an der nächsten Tagung des Internationalen Arbeitsausschusses, über die Stellungnahme zum Friedensbüro und die Berufung eines sozialpolitischen und eines kommunalpolitischen Sekretärs in die Zentrale der Partei wurden die Beratungen abgeschlossen.

Wortlaut der SPD-Stellungnahme zum Fall Kaiser-Jemmer

Aus dem Büro des Vorstandes der SPD wird folgenderweise Stellung genommen zu der Entscheidung der russischen Besatzungsmacht, die Ostzonenvorsitzenden der CDU Kaiser und Jemmer von der Leitung ihrer Partei praktisch zu entfernen.

Mit der Entscheidung der sowjetischen Besatzungsmacht, die beiden Ostzonen-CDU-Vorsitzenden ohne Befragung der Mitglieder von der weiteren Leitung der Organisation auszuschalten, ist eine 30 Monate währende Fiktion ruhmlos zu Ende gegangen. Diese Entscheidung bestätigt die Richtigkeit der sozialdemokratischen Auffassung, daß es unmöglich ist, in der Ostzone ein wirkliches Mehrparteiensystem und damit demokratische Zustände unter den gegenwärtigen Umständen aufrecht zu erhalten. Die Ostzone nähert sich mehr und mehr dem Charakter der totalitären "Volksdemokratie", in denen Mehrheitsparteiensysteme unmöglich sind und nur die eine Staatspartei herrscht.

Herr Kaiser hat durch das Beharren auf dieser Fiktion das Eigenblatt für die SEP und die ihr übergeordnete Macht abgegeben, das es ihnen ermöglichte, für mehr als zwei Jahre Millionen von Menschen über die wahre Situation in der Ostzone hinwegzutäuschen. Durch die Verwischung dieser Tatsachen ist viel Unheil angerichtet worden.

Die Entscheidung gegen Herrn Kaiser hat nicht nur die Billigung der SEP gefunden. Diese Staatspartei hat auch wochenlang in einer Pressenkampagne die propagandistische Vorbereitung für die Entscheidung geschaffen. Dieses Verhalten der SEP ist ein weiterer Beweis für den totalitären Charakter der Partei. Mit der Maßregelung der CDU-Politiker haben sie über die Ostzone entscheidenden Kräfte einen weiteren Schritt zur Separation der Ostzone von Deutschland durch die de facto Umwandlung in einen Einparteiensstaat gemacht.

Verantwortlich: Rolf Kammann